

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8650

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich der Landesregierung, und zwar Herrn Minister Dr. Linsen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Welt der ständigen Veränderungen erleben wir immer neue, schwierige Herausforderungen. Vor zwei Jahren dachte noch niemand an die Finanzkrise. Irgendwo in den USA gab es Schwierigkeiten bei einer kleinen Hypothekenbank. Sie wuchsen sich aufgrund der weltweiten Verflechtungen und durch aberwitzige Finanzkonstrukte zur globalen Finanzkrise aus.

Nun sind die Probleme in der Realwirtschaft angekommen, sodass wir am Anfang der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg stehen. Die Menschen erwarten angesichts dieser Situation vom Staat zu Recht Handlungsfähigkeit. Diese haben wir bisher auch bewiesen.

Wir müssen jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Kräfte bündeln und als Staat gegen die Krise tun, was wir tun können. Keiner kann derzeit sagen, wie sich diese Krise weiter entwickeln wird. Es gibt viele Unsicherheiten für die Haushaltsplanung, insbesondere bezüglich der Kalkulation der Steuereinnahmen.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts für 2009, den ich Ihnen heute vorlege, beruht dabei auf Annahmen, die auch der Bund zugrunde gelegt hat. Bis zur Steuerschätzung im Mai dieses Jahres abzuwarten, wäre falsch; denn das Konjunkturpaket II muss zügig umgesetzt werden.

Die Bundesregierung begründet ihre Ausweitung der Nettoneuverschuldung auf nahezu das Doppelte mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Bund wird statt der geplanten 18,5 Milliarden € über 36 Milliarden € neue Schulden machen und die Kreditverfassungsgrenze überschreiten. Dies begründet er mit dem Vorliegen der Störungslage. Ich darf zitieren:

Das Vorliegen des Ausnahmetatbestandes eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist angesichts der aktuellen Wirtschaftsdaten und der in die Zukunft reichenden Indikatoren eindeutig.

Meine Damen und Herren, diese Beurteilung ist zutreffend. Wir nehmen dies auch für Nordrhein-Westfalen in Anspruch.

In der Vergangenheit ist in Nordrhein-Westfalen manches Mal rein aus politischer Not die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze mit der Erklärung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts konstruiert worden.

Heute, im Jahr 2009, ist sie nicht konstruiert, sondern Realität. Im vierten Quartal 2008 hat sich die konjunkturelle Talfahrt deutlich beschleunigt. Die globale Wachstumsprognose des IWF ist mit 0,5 % die niedrigste seit 1945. Wesentliches Kennzeichen – auch in der historischen Rückschau – dieses Abschwungs ist, dass er mehr oder weniger synchron die gesamte Weltwirtschaft betrifft. Etwas Vergleichbares haben wir noch nicht erlebt.

Im letzten Quartal 2008 ist die deutsche Wirtschaft um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft, so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Für 2009 sind die Aussichten ebenfalls schlecht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Wirtschaft um 2,25 % schrumpft.

Es wäre kontraproduktiv, gegen diese Krise anzusparsen. Das hieße, die Abwärtskräfte zu verstärken. Damit würden die Nachfrage und die Wirtschaft insgesamt weiter geschwächt. Die automatischen Stabilisatoren müssen wirken können. Deswegen hat es keinen Sinn, die zusätzlichen Anstrengungen zur Konjunkturstärkung durch Kürzungen an anderen Stellen zu kompensieren – erst recht nicht in dieser Größenordnung. Das wäre zwangsläufig mit massiven Kürzungen in wichtigen Zukunftsbereichen wie Kinderbetreuung und Schule verbunden. So etwas wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Deutsche Bundesbank weist in ihrem Monatsbericht für Februar 2009 ausdrücklich auf Folgendes hin – ich darf zitieren –:

In dieser Ausnahmesituation ist es vor dem Hintergrund eines weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalts vertretbar, nicht wie bei normalen Konjunkturabschwüngen allein auf die automatischen Stabilisatoren zu setzen, sondern auch aktiv finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu ergreifen.

Es ist daher für Nordrhein-Westfalen unumgänglich, die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr zu erhöhen. Die Nettoneuverschuldung wird im Jahre 2009 um 2,64 Milliarden € auf dann 5,61 Milliarden € steigen. Die Kreditverfassungsgrenze wird damit um 1,79 Milliarden € überschritten. Der Anstieg der Nettoneuverschuldung resultiert dabei ausschließlich aus der Summe der zu erwartenden Haushaltsverschlechterungen, die sich durch den dramatischen Konjunkturabschwung ergeben.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir für das Jahr 2009 mit massiven Steuerminder-einnahmen rechnen. Der Steuerschätzung von November 2008 lag noch eine Wachstumsrate von real plus 0,2 % zugrunde. Mittlerweile geht die Bundesregierung davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr real um 2,25 % schrumpfen wird. Das wird sich massiv bei den Steuereinnahmen auswirken. Gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz werden die geplanten Einnahmen für 2009 deshalb um 2,26 Milliarden € reduziert.

Darin enthalten ist auch die Erstattung der Pendlerpauschale mit einem Betrag von 500 Millionen €. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr zügig umgesetzt. In weniger als zwei Monaten wurden 2,25 Millionen Steuerfälle nachgerechnet und die erforderlichen Erstattungen veranlasst. Das spricht für die Effizienz unserer Finanzverwaltung.

Meine Damen und Herren, wir sehen auch die Notwendigkeit, den Ansatz für den Länderfinanzausgleich um 200 Millionen € zu erhöhen. Damit führen auch steuerinduzierte Veränderungen zu Haushaltsverschlechterungen. Die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich hängen bekanntlich sowohl von der Entwicklung der Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen als auch von der Steuereinnahmenentwicklung in den anderen Bundesländern ab. Es ist zu erwarten, dass es aufgrund der Wirtschaftskrise unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern gibt. Die daraus folgenden Veränderungen im Finanzkraftgefüge können Zahlungsverpflichtungen für Nordrhein-Westfalen auslösen. Diesem Risiko beugen wir vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzierung des Zukunftspaktes für die Kommunen ist das Kernstück des Nachtragshaushaltes. Wir reagieren auf die Krise, indem wir schnell und zügig das Konjunkturpaket II umsetzen. Aus dem Investitionsprogramm des Bundes erhält das Land Nordrhein-Westfalen 2,13 Milliarden €. Das Land und die Kommunen müssen zusätzliche Mittel im Umfang von 711 Millionen € bereitstellen.

Zur Umsetzung der Finanzhilfen des Bundes und des Landes wird ein neues Sondervermögen mit dem Namen „Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen“ gegründet. Wir folgen hier dem Beispiel des Bundes. Die Finanzierung des Landes- und Kommunalanteils erfolgt abschließend über eine Kreditaufnahme des Sondervermögens. Die Rückzahlung ist für den Zeitraum ab 2012 für zehn Jahre vorgesehen. Ende 2021 werden diese Schulden also getilgt sein.

Die Kommunen werden ihren Anteil dabei durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz aufbringen. Der Eigenanteil wird dadurch erst im Wege der Abfinanzierung erbracht. Damit wird es allen Kommunen ermöglicht, Investi-

tionen aus dem Konjunkturpaket zu finanzieren. Alle Kommunen nehmen so am Konjunkturpaket teil, auch die finanzschwachen.

(Beifall von CDU und FDP)

Unser Ziel war und ist es, die Mittel für die Kommunen schnell, unbürokratisch und möglichst unkompliziert zu verteilen – und natürlich so viel wie möglich. Mit einer Verteilungsquote von fast 85 % ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland, das den Kommunen den größten Anteil zukommen lässt.

(Beifall von CDU und FDP)

Kein Land, meine Damen und Herren, gibt mehr an die Kommunen weiter als wir. Das ist ein klares Signal der Kommunalfreundlichkeit, und es ist konsequent, weil seit eh und je ein Großteil der öffentlichen Investitionen durch die Kommunen erfolgt. Deshalb begrüßen auch alle kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen das Vorgehen der Landesregierung.

Leider hat der Bund an vielen Stellen Hürden aufgebaut, die eine unkomplizierte Mittelweiterleitung erschweren. Natürlich hätten wir uns ein Verfahren mit weniger Bürokratie gewünscht. Vorgestern haben sich die Länderfinanzminister mit dem Bundesfinanzminister auf letzte, aber entscheidende Einzelheiten geeinigt. So zum Beispiel: Was ist wirklich zusätzliche Investition?

Die Mittel müssen schnell verwendet werden, damit die Impulse jetzt gesetzt werden können – im Interesse der Kreise, Städte und Gemeinden, im Interesse der Wirtschaft unseres Landes und damit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die vergangenen guten Jahre für unser Land konsequent genutzt, um zu konsolidieren und in die Zukunft zu investieren. 92 % der verfügbaren Steuermehreinnahmen haben wir seit 2006 in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gesteckt und darüber hinaus 2,3 Milliarden € Reserven für Pensionszahlungen und Finanzmarkt- bzw. Bankrisiken gebildet. Dadurch gehen wir die Krise aus einer Position der Stärke an. Wir müssen in der Krise Handlungsfähigkeit beweisen, auch wenn dabei die Nettoneuverschuldung wieder stark steigt. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestärkt aus dieser Krise herauskommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Und wir dürfen die Zukunft nicht aus dem Blick verlieren. Dass wir mit dem Nachtrag die Grundlage für die Einrichtung von 10.400 zusätzlichen U3-Plätzen schaffen, zeigt: Wir gehen die aktuellen Herausforderungen schnell und entschlossen an.

Unser Blick, meine Damen und Herren, ist weiter nach vorne gerichtet. Die Schuldenbremse muss kommen, damit wir nach den immensen Haushalts-

belastungen der Jahre 2009 und, wie ich meine, auch 2010 wieder auf den Konsolidierungspfad zurückfinden. Denn der allein ist gegenüber den nachwachsenden Generationen verantwortlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Linssen. – Für die SPD spricht nun Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland befindet sich wie viele andere Länder auch aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Der langjährige Aufschwung ist deutlich zu Ende. Für dieses Jahr wird ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,25 % erwartet. In dieser Lage ist es richtig, alle Kräfte zu bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern.

Deshalb ist es auch richtig, dass Bundesfinanzminister Steinbrück mit zwei zielgerichteten Konjunkturpaketen aktiv gegen diese Krise steuert und dafür sorgt, dass in den Kommunen jetzt Impulse für mehr Investitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur ankommen. Wir begrüßen eine schnelle und zielgerichtete Umsetzung des Paketes II in unserem Land und werden das Verfahren dazu positiv begleiten.

Meine Damen und Herren, der heute vorgelegte Nachtragshaushalt macht allerdings wieder erschreckend und erneut deutlich, wie plan- und ziellos die Landesregierung auch in der Finanzkrise operiert. Bis zum heutigen Tag gibt es kein eigenes, spezifisches Konjunkturpaket für Nordrhein-Westfalen, während andere Bundesländer – ich nehme gerne Baden-Württemberg, Ministerpräsident Oettinger und Finanzminister Stächele – schon während der laufenden Haushaltsplanberatungen vor Karneval die entsprechende Umsetzung des Paketes II vollzogen und ein eigenes Paket vorgelegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, haben wir uns mit den Verkehrseskapaden des zurückgetretenen Verkehrsministers befasst. Die Koalition hat sich in dieser beispiellosen Krise damit beschäftigt, über das Abstimmungsverhalten zum ersten Berliner Konjunkturpaket zu diskutieren. Das zeigt deutlich, wie wenig die Landesregierung auf diese Krise vorbereitet ist.

(Beifall von der SPD)

Und, meine Damen und Herren, noch eins wird heute erschreckend deutlich: Der Finanzminister hat in den letzten fast vier Jahren guter Konjunktur mit sprudelnden Steuerquellen keinerlei Vorsorge ge-

troffen. 7,5 Milliarden € Steuermehreinnahmen, zusätzliche Steuereinnahmen sind im Landeshaushalt versickert. Der Geschäftsführer eines Unternehmens müsste jetzt den Hut nehmen, wo klar ist, dass in der Krise kein einziger Euro verfügbar ist, nicht mal eine Rücklage für schlechte Zeiten existiert.

Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren: Die Schulden sollen höher ausfallen als die tatsächlich zu erwartenden Steuermindereinnahmen – eine unglaubliche Trickserie des ehemals eisernen Helmut!

(Beifall von der SPD)

Denn wer genau hinsieht, stellt fest, dass drei Wochen nach der Verabschiedung des Haushaltspaketes eine Vielzahl von Haushaltsveränderungen unter dem Deckmantel der Finanzkrise quasi unbemerkt schuldenfinanziert durchlaufen soll. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Wer jetzt im Land glaubt, der Finanzminister finanziere mit den Schulden das Konjunkturpaket, der irrt, meine Damen und Herren. 2,13 Milliarden € aus Berlin fließen direkt in den Haushalt hinein und wieder heraus in den Fonds; wir werden gleich darüber diskutieren. Nur ein kleiner Anteil, der Pflichtanteil des Landes, wird fällig. Hier soll im Windschatten der Finanzkrise aus Krediten finanziert, also schuldenfinanziert, ein Polster für andere Zwecke angelegt werden.

Dazu möchte ich nur einige Beispiele herausgreifen, meine Damen und Herren: Das erste Beispiel hat der Finanzminister selbst angesprochen, den Länderfinanzausgleich. Vor drei Wochen haben wir noch im Parlament gehört, dass Nordrhein-Westfalen aufgrund der Entwicklung zum Nehmerland geworden ist und wir deshalb kein Geld mehr in den Finanzausgleich einstellen. Mittlerweile werden dort wieder 200 Millionen € angesetzt, und das in der Wirtschaftskrise. Ich halte das für ein ganz gezielt angelegtes, schuldenfinanziertes Finanzpolster.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Kraftfahrzeugsteuer. Wenn ich richtig unterrichtet bin, wird im Vermittlungsausschuss in Berlin zurzeit über die Kraftfahrzeugsteuer verhandelt. Es wird verhandelt, wie die Übertragung der Ertragskompetenz auf den Bund für die Länder finanziell ausgeglichen werden soll. Der Vermittlungsausschuss wird entscheiden. Bis jetzt ist nichts klar. Trotzdem setzt der Finanzminister in dieser Situation, obwohl er uns hier immer erklärt hat, er nehme nur dann Dinge in den Etat auf, wenn diese auch etatreif seien, Steuermindereinnahmen von 925 Millionen € ab. Die Kfz-Steuer ist bis heute nicht etatreif. Ein weiteres Polster von 925 Millionen €, meine Damen und Herren!

Und der letzte Punkt – das ist hochinteressant –: Das Erste, das der Landesregierung im Paket als Antwort auf die Finanzkrise einfällt ist, neue Stellen in der Ministerialbürokratie zu schaffen. Das kennen wir. So ist die Landesregierung schon 2005 gestartet. Diesmal brauchen wir 38 zusätzliche Stellen im höheren und gehobenen Dienst, um die Konjunkturpakete umzusetzen. Ich frage, meine Damen und Herren: Was ist eigentlich aus PEM geworden? Was ist aus den Arbeitsplätzen geworden, die wir bei PEM angesiedelt haben mit Personal, das wir angeblich anders verwenden wollten? Wo sind Ihre Antworten darauf?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Viele der Zuhörerinnen und Zuhörer werden wenig Verständnis dafür haben, insbesondere diejenigen nicht, die von Arbeitsplatzverlusten in der Automobil- und Stahlindustrie betroffen sind, wenn wir als Erstes neue Stellen in der Ministerialbürokratie schaffen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtrag sollen im Windschatten der Wirtschafts- und Finanzkrise Polster für 2010 angelegt werden, die mit Krediten jenseits der Verfassungsgrenze bezahlt werden sollen. Das riecht streng nach Wahlkampf-vorbereitung. Deshalb, meine Damen und Herren: ein Ja zum Investitionspaket, ein Nein zu diesen verschleierten Haushaltsberatungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU spricht nun der Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir diesen Nachtragshaushaltsplan heute so schnell in erster Lesung im Parlament beraten können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das hätten wir auch vor zwei Wochen haben können, Herr Kollege!)

Es ist richtig, dass die Koalition schnell handelt – aber nicht vorschnell, wie Kollege Groth gerade noch einmal angemahnt hat.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Denn wir haben eben vom Finanzminister gehört, dass letzte Abstimmungen in Berlin gerade erst abgeschlossen worden sind. Jetzt wird dieser Nachtragshaushalt vorgelegt. Die Koalition hat sogar einen Beratungsfahrplan angeregt, mit dem die Verabschiedung bis zum 18./19. März 2009 zu schaffen gewesen wäre.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir verstehen natürlich, dass Minderheitenrechte berücksichtigt werden müssen. Und es ist natürlich immer noch sehr schnell, wenn wir diesen Nachtragshaushaltsplan Anfang April beschließen können.

Der Beitrag von Frau Kollegin Walsken hat mich gerade ein bisschen irritiert, weil sie so tut, als ob sie irgendeine versteckte Information aus diesem Haushaltsentwurf herausgeholt hätte, die bislang noch keinem aufgefallen wäre. Dass es 2,644 Milliarden € an zusätzlichen Krediten gibt, stellt überhaupt keiner infrage. Beim genaueren Lesen wird einem aber deutlich, dass es sich dabei genau um das handelt, was der Finanzminister mit dem Wirken der automatischen Stabilisatoren bezeichnet hat. Das Wesentliche sind steuerbedingte Einnahmeausfälle, nämlich 2,26 Milliarden €.

Frau Walsken hat eben versucht, uns einen Bären aufzubinden, indem Sie sagte, es würde ein Polster angelegt. Sie hat auch noch erwähnt, dass 935 Millionen €

(Gisela Walsken [SPD]: 925!)

– 935,9 Millionen € – an Zuweisungen des Bundes als Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuererträge zufließen, die irgendwo angelegt sind. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Denn im Haushaltsentwurf steht, dass wir Einnahmeausfälle in Höhe von 3,195 Milliarden € erwarten. Dann werden die Zahlungen des Bundes gegengerechnet. Trotzdem müssen wir erwarten, dass wir 2,26 Milliarden € weniger einnehmen. Wie man daraus konstruieren kann, es würde sozusagen ein Wurstvorrat angelegt, bleibt ein Geheimnis von Frau Kollegin Walsken.

Im Gegenteil: Wir müssen aufgrund der konjunkturellen Situation jetzt feststellen, dass wir einfach weniger Steuern einnehmen. Auf der anderen Seite müssen wir mehr Geld ausgeben. Das liegt sicherlich auch an komplizierten Zusammenhängen, die hier erwähnt sind.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wo geben Sie denn mehr aus? Sie geben überhaupt nicht mehr aus! Sie geben keinen Euro zusätzlich an Investitionen aus!)

– Stichwort Familienleistungsausgleich, Kollege Groth.

Ich wollte aber etwas zum Länderfinanzausgleich sagen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist auch ein Hammer!)

bei dem Frau Kollegin Walsken aus ihrer Erkenntnis heraus erklärt hat: Früher haben wir das eher tiefer angesetzt; jetzt sollen wir wieder etwas draufpacken.

(Gisela Walsken [SPD]: Vor drei Wochen noch!)

Die Realität ist halt einfach so. Das liegt vor allen Dingen am Steueraufkommen des Bundeslandes Hessen. Das wissen Sie auch. Weil die Banken besonders gebeutelt sind und eben keine hohen Steuern mehr bezahlen,

(Gisela Walsken [SPD]: Uns auch nicht! Das gilt für NRW genauso!)

ist die Geberposition des Landes Hessen nicht mehr so ausgeprägt wie in der Vergangenheit. Deswegen muss Nordrhein-Westfalen wieder mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen. Das ist Realität! Sie können doch nicht behaupten, hier würde irgendein Wurstvorrat angelegt. Das ist ziemlicher Unsinn.

Wir haben im Endergebnis leider eine Nettokreditaufnahme von 5,6 Milliarden €. Ich würde aber auch sagen: nur, trotz der Krise. Denn früher hatten rot-grüne Regierungen eine stabile viel stärkere Neuverschuldung, und zwar ohne Krise. Das ist der Skandal!

(Beifall von CDU und FDP)

Weil die Neuverschuldung der Jahre 2003, 2004 und 2005 von stabil 6,6 Milliarden €, 6,7 Milliarden € und 6,8 Milliarden € im letzten Jahr auf Null reduziert worden ist, wenn man die Bankenvorsorge herausrechnen würde, verfügen wir heute doch überhaupt erst über den Spielraum zum Handeln. Deswegen können wir diesen Haushaltsplan so guten Gewissens beschließen.

Ich will noch zwei weitere Punkte aufgreifen, die mir wichtig sind. Zum einen – aber das ist im Land, glaube ich, allgemein klar – wissen wir als CDU, wie wichtig die Kommunen in unserem Land sind.

(Lachen von Gerd Stüttgen [SPD])

Das ist kein Wunder, denn wir sind die kommunal breit verwurzelte Partei.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach, du heiliges Kanonenrohr!)

Keiner verliert die Identität, mit der er hierhergekommen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Viele Kollegen – so wie ich als früherer Bürgermeister – bringen ihre kommunale Identität mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Kollege Klein, jetzt wird es aber langsam Zeit, dass Sie in den Bundestag kommen!)

Deswegen möchte ich betonen: Es ist ein guter Tag für die Kommunen in unserem Land, wenn wir heute im Haushaltsgesetz festschreiben, was politisch schon kommuniziert worden ist, dass nämlich bei uns 84 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket in die Kommunen fließen. Das ist eine Tatsache, die man nicht oft genug betonen kann.

(Beifall von der CDU)

Andere Länder sind bei 70 %. In Nordrhein-Westfalen gehen gerade einmal 464 Millionen € für Einrichtungen des Landes, also für die Universitäten, an das Land. Deswegen ist es eine Märr, vom Finanzminister mit den klebrigen Fingern zu sprechen. Auch bei der späteren Abfinanzierung wird dieser Anteil sogar sorgfältig herausgerechnet. Und die Kommunen zahlen tatsächlich nur zur Hälfte ihren Anteil an den 25 % Kofinanzierung durch das Land. Das ist eine gute Sache für die Kommunen, die sich weiterhin auf diese Koalition verlassen können.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte hinzufügen, dass wir als Koalition und als Christdemokraten, auch wenn dieses Geld in die Kommunen fließt, nicht nur an staatliche oder an kommunale Strukturen denken. Der CDU-Landtagsfraktion war es von vornherein sehr wichtig, dass wir bei den Mitteln für Bildung und Weiterbildung, die in die Kommunen fließen, auch die freigemeinnützigen und kirchlichen Träger berücksichtigt wissen wollen. Das ist uns bei dem Gesetzentwurf äußerst wichtig; alles andere wäre schädlich gewesen.

Frau Kollegin Walsken hat eben völlig zu Recht betont, dass angesichts der Krise die Kräfte zu bündeln seien. Ich hoffe, dass auf allen Seiten dieses Hauses der Blick über den Horizont dieser Beratungen hinausreicht und allgemein festgestellt wird, dass angesichts der Krise Zusammenstehen gebraucht wird. Auf die Herausforderung sollten wir gemeinsam antworten.

Die Leute wollen kein Gezänk. Insofern wäre es gut, wenn wir diesen Nachtragshaushaltsplan als breiten Konsens in diesem Haus schnell beschließen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Klein. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Fastenzeit wurde mir zu viel über Wurstvorräte gesprochen, die ich im Übrigen inhaltlich hierbei nicht erblicke.

Mit dem vorliegenden ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 werden die Auswirkungen des zweiten Konjunkturpakets des Bundes sowie die aufgrund der Konjunktur- und Wirtschaftsschwäche in verminderter Höhe zu erwartenden Steuereinnahmen auf den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt abgebildet.

Des Weiteren werden die erforderlichen Steuerrückzahlungen, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale ergeben und die bereits zu fast 100 % an die Bürger

rinnen und Bürger zurückgezahlt worden sind, ebenfalls haushalterisch umgesetzt.

Und mit diesem Nachtragshaushalt werden neue Akzente etwa beim Ausbau der U3-Betreuung gesetzt.

Das Land hat in Rekordzeit im Einvernehmen – meine Damen und Herren, das wissen Sie auch – mit den Kommunen über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II entschieden. Außer Niedersachsen ist noch kein anderes Bundesland so weit wie wir. Eine schnelle Verteilung und Verwendung der Mittel sind uns besonders wichtig. Ein bedeutender Teil des Konjunkturpakets ist aus meiner Sicht, dass wir uns mit den zusätzlichen Investitionen schnell und tatsächlich gegen die Krise stemmen können.

Deswegen führen wir die heutige Debatte in einer eigens von der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt beantragten Sondersitzung des Landtags.

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

Meine Damen und Herren, wir werden das Konjunkturpaket und den Nachtragshaushalt, mit dem wir die notwendigen landesrechtlichen haushalterischen Voraussetzungen schaffen, in einem hoffentlich zügigen Beratungsverfahren in diesem Parlament behandeln, damit wir den Kommunen so schnell wie möglich die Mittel bereitstellen können, um die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Ich will kein Geheimnis daraus machen, auch wenn ich die Entscheidung der Kollegen der Opposition respektiere: Aus unserer Sicht hätten wir diese Entscheidung im Parlament bereits in 14 Tagen treffen und damit die Voraussetzungen für die Mittelverwendung durch die Kommunen schaffen können.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass die FDP einige grundsätzliche Bedenken in Verbindung mit dem Konjunkturpaket II des Bundes hat. Denn bei einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden € werden gerade einmal 3 Milliarden € den Bürgerinnen und Bürgern als Entlastung zuteil.

Wir haben im Ergebnis diesem Konjunkturpaket dennoch unsere Zustimmung gegeben, weil die Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm insbesondere unsere Bildungseinrichtungen und unsere Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen voranbringen. Dabei geht es um Bereiche, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nachhaltig wichtig und entscheidend sind.

In den Zeiten der Vorgängerregierung wurde es bei vielen Punkten verbummelt, etwas zu tun. Damals hatten wir einen riesigen Investitionsstau zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, damit können wir jetzt wenigstens einen Teil dieses Investitionsstaus abbauen.

Ich will auch nicht verhehlen, dass wir positiv verbuchen, dass unter dem Eindruck der enormen Gesamtneuverschuldung durch das Konjunkturpaket II ein gewisser Druck entstanden ist. In Aussicht steht, dass die Einigung der Föderalismuskommission II auf konkrete Regelungen zur Schuldenbegrenzung tatsächlich umgesetzt wird.

Wir sollten die Chance nutzen, in Nordrhein-Westfalen die Debatte über wirksame Regeln zur Begrenzung der Neuverschuldung erneut und sehr intensiv zu führen. Dazu hat es schon viele Ansätze gegeben. Ich glaube, es ist jetzt an der Zeit, diese Debatte mit Ernsthaftigkeit und Konsequenz zu einem Ergebnis zu führen.

(Beifall von der FDP)

Keinesfalls, meine Damen und Herren, halte ich die populistische Debatte, die von den Kollegen von SPD und GRÜNEN angestrengt wird, für zielführend. Die neuen Schulden, die dieser Nachtragshaushalt leider – das sage ich ausdrücklich – enthält, sind bedauerlich, angesichts der Wirtschaftssituation, in der wir uns befinden, aber unvermeidlich. Wer diese Schulden kritisiert, muss Alternativen aufzeigen. Hierzu haben wir bedauerlicherweise von der Opposition nichts gehört.

Zur Konzeption des Nachtrags gehört es, die durch das Konjunkturpaket entstehenden Kosten eben nicht durch Einsparungen an anderer Stelle zu kompensieren. Ich möchte begründen, weshalb ich ausnahmsweise davon überzeugt bin, dass es richtig ist, in dieser Situation die wegbrechenden Steuereinnahmen nicht durch Einsparungen zu kompensieren.

Die Experten sagen hierzu: Wir lassen die automatischen Stabilisatoren wirken. Unabhängig davon, wie man im Detail oder überhaupt zu Konjunkturprogrammen steht – wir hatten hier im Parlament ja mehrere Debatten, in denen ich durchaus die eine oder andere differenzierte Anmerkung dazu gemacht habe –, können Konjunkturprogramme überhaupt nur dann wirken, wenn zusätzliche Mittel tatsächlich investiert werden. Ansonsten ändert sich an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage überhaupt nichts, und man hätte besser nichts gemacht.

Wer – dies gilt insbesondere für die, die auf Bundesebene diese Konjunkturprogramme selber aktiv mittragen – jetzt die höheren Schulden kritisiert, hat das Prinzip des Konjunkturprogrammes leider nicht verstanden.

Die Landesregierung und die sie unterstützenden Fraktionen von CDU und FDP werden in dieser Frage auch den Empfehlungen in dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage folgen.

Wie unseriös die Vorwürfe der Oppositionsfraktionen sind, erkennt man leicht daran, dass beide

Fraktionen unisono die Landesregierung wegen der neuen Schulden auf das Schärfste verurteilt haben und andererseits nicht müde werden zu kritisieren, dass es kein eigenes Konjunkturprogramm des Landes gibt.

Meine Damen und Herren, einem eigenen Mini-Konjunkturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, mit dem wir noch die eine oder andere Milliarde mehr an Schulden machen – in Klammern: machen müssten – und dessen Effekt aufgrund der Tiefe der Rezession kaum spürbar sein dürfte, erteilen wir auf jeden Fall eine Absage. Denn wenn wir uns über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unterhalten – und in der Tat muss man in dieser Situation von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts reden –, dann muss man auch in gleicher Weise im Blick halten, ob die dafür aufgenommenen Kreditmittel tatsächlich effizient eingesetzt werden, um die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch wirksam zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einige Punkte eingehen, die gerade in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

Hier sind die 38 neuen Stellen zur Bewältigung der Aufgabenflut aus dem Konjunkturpaket II kritisiert worden. Anders als zu früheren Zeiten geht die Landesregierung mit diesem Sachverhalt und angesichts der anfallenden Arbeit mit den Beschäftigten und auch mit der Öffentlichkeit aufrichtig um.

Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren unter unterschiedlichen politischen Verantwortungen sehr viel abverlangt. Bis 2010 werden wir 12.000 kw-Vermerke realisiert, also nicht nur ausgebracht haben. Im Ergebnis sind das 12.000 Stellen weniger in der inneren Landesverwaltung.

Alle Ressorts haben ihren Beitrag zu einer 1,5%igen Personaleinsparvorgabe zu erbringen.

Wenn es jetzt mehr zu tun gibt – immerhin müssen mehr als 2,8 Milliarden € in einem geordneten Verfahren ihrem Verwendungszweck zugeführt werden –, dann halte ich es auch für legitim, gerade aufgrund der schon angesprochenen komplexen Vorgaben des Bundes in einem moderaten Rahmen den Stellenplan befristet für die Dauer der Verteilung auszuweiten. Anstatt die Bürokratie grundsätzlich zu erweitern, nehmen wir Verstärkungen gezielt da vor, wo es notwendig ist, und nur so lange vor, wie es notwendig ist.

Dass das nicht außergewöhnlich ist, zeigt sich unter anderem daran – darauf darf ich an dieser Stelle hinweisen –, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das zur Bearbeitung der Anträge für die Abwrackprämie zuständig ist, vorübergehend 70 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellt. Bei der niedersächsischen Landesregierung sind es zur Umsetzung des Konjunkturpaketes sogar 105 neue Stellen.

Ferner will ich auf den Vorwurf eingehen, wir hätten in besseren Zeiten alle Steuereinnahmen ausgegeben und keine Vorsorge für zukünftige Risiken betrieben. – Meine Damen und Herren, das ist doch der absolute Aberwitz. Das Gegenteil ist der Fall: In den Jahren von 2006 bis heute haben wir über 3 Milliarden € für die Vorsorge für künftige Risiken zurückgelegt.

Unter Rot-Grün war Vorsorge ein unbekanntes Wort. Zur Einrichtung der Versorgungsrücklage, also der Abfederung der Pensionsverbindlichkeiten, die auf das Land wie eine Lawine zurollen ...

(Zuruf von der SPD)

– Kollege, das ist Fakt. Die rollt auf uns zu, und wir treffen entsprechende Vorsorge für jeden getroffen. Für jeden neu zu ernennenden Beamten werden Monat für Monat 500 € in diesen Pensionsfonds eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben auch die guten Steuereinnahmen des vergangenen Jahres zur Risikovorsorge genutzt, nämlich zur Absicherung der Risiken der Geschäfte der WestLB – ich will die Debatte an dieser Stelle nicht wiederholen – und natürlich auch der erforderlichen Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen am Finanzmarktstabilisierungsfonds. Dafür haben wir 1,3 Milliarden € zurückgestellt, um eben spätere Belastungen für nachfolgende Haushaltsgesetzgeber und nachfolgende Generationen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, in der Krise bleiben wir auf Kurs, und der heißt: Konsolidieren und Investieren. Die neuen Schulden sind aus meiner Sicht leider nicht zu vermeiden, aber wir werden genauso kontinuierlich wie bislang daran arbeiten, den Haushalt strukturell in Ordnung zu bringen. Wir hatten angesichts der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2009 bereits darauf hingewiesen, dass wir, hätten wir diese besonderen Rückstellungen für im Grunde schon bestehende Verbindlichkeiten nicht treffen müssen, bereits mit einem Haushaltsplus abgeschnitten und einen ausgeglichenen Haushalt hätten vorweisen können. Das ist etwas, was Sie in all Ihren Jahren nicht geschafft haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir konsolidieren und investieren. Wenn ich sage „wir investieren“, dann investieren wir in das kostbarste Gut, das wir haben, nämlich in die Menschen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, es wäre noch vieles anzuführen, insbesondere, dass die Forderung der FDP nach einem privaten Konjunkturprogramm durch Abbau von Bürokratie und staatlichen Investitionshemmnissen bei der sogenannten Großen Koalition in Berlin leider so wenig Gehör gefunden hat. Ein solches Konjunkturprogramm kostete die Steuerzahler keinen Cent. 90 % aller Investitionen in Deutschland sind privat. Hier könnte durch einfa-

che Deregulierungsmaßnahmen ein enormes Potenzial, etwa beim Flughafenausbau oder in der Energiewirtschaft, freigesetzt werden. Ohne die Freisetzung zusätzlicher privater Investitionen werden im Übrigen die staatlichen Maßnahmen möglicherweise nicht die Wirkung entfalten können, die sich manche erhoffen und von denen wir alle wünschen, dass sie auch tatsächlich eintreten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Groth.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will jetzt nicht auf die Gründe eingehen, weshalb wir heute über den Nachtragshaushalt beraten. Dass Sie sich, nachdem klar geworden war, dass die Oppositionsfractionen eine Sondersitzung des Plenums wegen eines gesonderten Termins für die Kommunalwahlen beantragen wollten, schnell mit zwei Punkten in der Tagesordnung vor unseren Tagesordnungspunkt gesetzt haben, wird wie Ihre ganzen Trickserien auch nachher noch eine Rolle spielen.

Ich will Ihnen einfach noch einmal sagen, wie ich die Situation einschätze und dass diese Einschätzung von vielen im Land geteilt wird. Sie haben schon in guten Zeiten schlecht regiert. Zwei Fakten dazu: höchster Schuldenstand aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen und höchster Ausgabenstand aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen.

Trotz aller Schulden und Ausgaben aber ist das Ganze sozialökologisch voll daneben und wirtschaftspolitisch unzureichend, denn Sie geben keinen einzigen Euro für Neuinvestitionen aus, wollen uns das hier jedoch glauben machen. Uns können Sie das sowieso nicht glauben machen, denn fest steht: Es gibt aus dem Landeshaushalt keinen einzigen Euro für Neuinvestitionen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht deshalb also wird die Verschuldung steigen. Das müssen Sie der Öffentlichkeit auch sagen. Da müssen Sie ehrlich bleiben.

Sozialökologisch voll daneben: Ich sage nur KiBiz, Mittagessen, Ganztagsbetreuung, Versorgung mit Lehrern, Studienplätze, die wir nicht haben, Verbraucherschutz, Lebensmittelkontrolle usw. – die Aufzählung könnte man fortsetzen –, und das alles bei Steuermehreinnahmen

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Herr Minister, hören Sie gut zu, denn das verantworten Sie ja mit; das verantworten nicht nur der Finanzminister und der MP, sondern Sie sitzen mit im Kabinett – von 6 Milliarden im Vergleich zu 2004.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 6 Milliarden Mehreinnahmen – aber nur für ein Jahr, meine Damen und Herren, nicht, dass Sie glauben, das wären die gesamten Mehreinnahmen. Wenn man das einmal für die Jahre 2006 bis 2009 summiert, sind das fast 24 Milliarden, die die Landesregierung in guten Zeiten mehr an Geld zur Verfügung hat. Sie ist trotzdem nicht in der Lage, einen sozialökologisch vernünftigen Haushalt aufzustellen und ist nicht in der Lage, wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch die richtigen Zeichen in solch schwieriger Zeit zu setzen. Das, meine Damen und Herren, nenne ich konzeptionslos!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zusätzlich haben Sie alle Versprechen finanzpolitischer Art, die Sie dazu gegeben haben, gebrochen. Ich nenne nur zwei. Die Beschäftigten werden weiter gerupft – da haben Sie damals auch etwas anderes versprochen. Und Sie hatten gesagt, dass Sie die Nettoneuverschuldung sehr viel intensiver zurückführen würden. Sie behaupten immer noch, dass Sie mehr als die Hälfte der Steuermehreinnahmen dafür verwandt hätten. Das RWI spricht eine ganz andere Sprache und redet von nur ungefähr 30 %.

Was haben Sie also geschafft? Den höchsten Schuldenstand, den höchsten Ausgabenstand, und Sie haben die Nettoneuverschuldung nicht so zurückgeführt, wie Sie es immer versprochen haben.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Schon bei Sonnenschein, den Sie nicht verdient hatten, haben Sie schlecht regiert. Jetzt, wo das unverdiente Glück langsam aussetzt, neigen Sie noch zur Intransparenz.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen das ganze Ausmaß der Tragödie vermitteln. Ich habe Sie, Herr Finanzminister, schon im Dezember aufgefordert: Machen Sie sich endlich ehrlich! Sagen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen, wie schlecht es um dieses Land bestellt ist. – In den letzten Tagen habe ich die Nachricht bekommen, dass wir endgültig zum Nehmerland geworden sind. Wir zahlen nicht mehr in den Bundesländer-Finanzausgleich ein. Es ist eine Finte, jetzt noch einmal 200 Millionen € dafür einzusetzen. Wir sind während Ihrer Regierungszeit jedenfalls im Gesamtzug der Länder zurückgefallen. Sie müssen ehrlich sagen, was Sie getan haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt ist das unverdiente Glück am Ende. Schon im Dezember haben wir an Sie appelliert, zu den Menschen ehrlich zu sein und ihnen vor Augen zu führen, was auf sie zukommt. Schon damals hatten Sie eine Ergänzungsvorlage für den Haushalt 2009 angekündigt, Herr Finanzminister. Die ist dann gar nicht vorgelegt worden. Sie hatten bereits im De-

zember eine Ergänzungsvorlage angekündigt, weil schon damals klar war, dass Sie mindestens die 500 Millionen € Pendlerpauschale etatisieren mussten.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Was?)

Damit kommen Sie uns jetzt im Nachtragshaushalt.

Seinerzeit schon hatten wir gesagt: Es ist nicht nur die Pendlerpauschale. Wir wissen auch, dass die Wirtschaftsleistung zurückgeht. Wir wissen, dass es Steuermindereinnahmen geben wird. Wir wissen, dass wir bei KiBiz mehr Geld brauchen. Wir wissen, dass man für den Fachhochschulausbau – auch wenn wir ihn fachpolitisch für falsch halten – auf jeden Fall mehr Geld braucht, was Sie ja jetzt auch etatisiert haben. Das wussten wir alles.

Wir hatten Ihnen die Hand gereicht – jedenfalls ausgestreckt hatten wir sie – und vorgeschlagen: Lasst uns das alles und auch das, was das Konjunkturpaket II bringt – auch wenn die Summen im Einzelnen noch nicht stehen –, in einer Ergänzungsvorlage umsetzen. Wären wir so verfahren, dann wären wir vor drei Wochen mit diesem Verfahren fertig gewesen. Vor drei Wochen wären wir schon fertig gewesen! Dazu waren Sie nicht in der Lage.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Da wollten Sie den Menschen noch nicht ehrlich sagen, was auf sie zukommt.

Heute wird offenbar, dass Sie die Nettoneuverschuldung im Vergleich zu 2008 verfünffachen. Sie verfünffachen innerhalb von einem Jahr die Nettoneuverschuldung! Sie verfünffachen sie! Meine Damen und Herren, noch im Haushaltsentwurf ...

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, zum Haushalt hören Sie das nicht gern. Aber die Sonne ist untergegangen, Herr stellvertretender Ministerpräsident, und jetzt kommt Ihnen auch der Wind entgegen. Schon mit dem Haushaltsentwurf hatten Sie die Nettoneuverschuldung verdreifacht. Im Gegensatz zum letzten Jahr ist es jetzt mit dem Nachtrag sogar eine Verfünffachung.

Meine Damen und Herren, ich nenne das ein Fiasco. Ich glaube, wir hätten eine andere Landesregierung verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben stattdessen den Haushalt 2009 vor knapp zweieinhalb Wochen hier in diesem Hohen Hause verabschiedet. Wir haben Ihnen vorher gesagt: Das ist Makulatur. Was darin steht, ist Quatsch. – Jeder konnte es wissen. Sie wussten es. Jeder wusste es, der etwas davon versteht. Jetzt sitzen wir hier heute wieder, und Sie wollen den Eindruck vermitteln, als seien Sie eine kräftige Regierung und würden zeitnah reagieren. Mindestens

drei Wochen sind Sie zu spät. Sie sind vor allen Dingen intransparent und lassen die Menschen erst sehr verspätet wissen, wie groß das Ausmaß der Tragödie in Nordrhein-Westfalen wirklich ist.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Wir strecken Ihnen auch dieses Mal, ein zweites Mal, die Hand entgegen zu einem beschleunigten Verfahren für diesen Nachtrag. Innerhalb von vier Wochen kann man zu einem Ergebnis kommen. Allerdings wollen wir es nicht ganz ohne das Parlament, Frau Kollegin Freimuth, tun. Ganz einfach durchwinken geht nicht.

In diesem Nachtragshaushalt sind auch fachliche Dinge vermengt worden, die beraten werden müssen. Wir brauchen zumindest eine kurze Anhörung und auch eine Beratung in dem einen oder anderen Fachausschuss. Aber das kann man innerhalb von vier Wochen erledigen. Wir müssen das nicht innerhalb von zwei Wochen schaffen; denn damit würde sich das Parlament praktisch selbst abschaffen, für absurd erklären. Es gibt durchaus einiges zu beraten.

Wir brauchen eine kritische Anhörung, zum Beispiel zum Fachhochschulausbau. Wir haben Ihnen von Anfang an gesagt: Das ist falsch. Richten Sie Studienplätze an den Fachhochschulstandorten ein, die wir schon haben. Das geht schnell, das ist kostengünstig. – Stattdessen brauchen Sie jetzt mehr Geld für neue Standorte, und die Fachhochschulstudienplätze sind erst 2013 da, wenn der Peak derjenigen, die Studienplätze suchen, gerade erreicht ist und die Zahl wieder heruntergeht. Es mag sein, dass der Druck auf die Studienplätze 2013/2014 nicht mehr so groß ist. Aber es ist jedenfalls nicht richtig für 2009, für 2010, für 2011 und auch nicht für 2012. Sie kommen mit dem Ausbau viel zu spät. Sie müssten sehr viel schneller handeln. Das haben wir Ihnen auch gesagt, aber Sie wollen nicht hören.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Auch beim KiBiz hatten wir Ihnen gesagt, dass Sie mehr Geld brauchen werden. Nun beraten wir das im Nachtragshaushalt.

Dass Sie jetzt auch noch die 1 Million € für die Obdachlosen einstellen, ist irgendwie auch nett. Noch vor zwei Wochen haben Sie gesagt, das sei absolut unnötig, da gebe es überhaupt keinen Bedarf, das sei absurd. Ich erinnere mich noch, wie Herr Klein – jetzt ist er geflüchtet – hier als Finanzfachpolitiker gestanden und sich über die Obdachlosenpolitik ausgelassen hat. Wir sind trotzdem nicht einverstanden, meine Damen und Herren. Wir sind einverstanden, dass das im Nachtragshaushalt bleibt, dass das etatisiert wird, aber nicht so, wie Sie glauben, das durchziehen zu müssen. Das ist fachpolitisch noch nicht in Ordnung. Deshalb brauchen wir auch da eine Beratung.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Inhaltlich haben Sie in diesem Nachtragshaushalt – und das ist das Allerschlimmste – keinen eigenen Schwerpunkt gesetzt. Wenn es so ist, wie Sie es vorhin gesagt haben, Herr Finanzminister, dass das die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes ist – und ich glaube, das ist so –, dann muss doch ein eigenes Konzept her. Herr Finanzminister Linssen, Frau Wirtschaftsministerin Thoben, wo ist das Konzept gegen die Krise? Ich erlebe Sie hier als handlungsunfähig. Da kommt nichts von der Regierung und von den sie tragenden Koalitionsfraktionen schon gar nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben unser Konjunkturpaket, Frau Ministerin Thoben, im Oktober noch abgelehnt mit dem Hinweis, man könnte die Atomkraftwerke länger laufen lassen. Absurd! Bis heute sind Sie nicht in der Lage, ein eigenes Konjunkturpaket vorzulegen, das tatsächlich die Rezession mildern und dazu führen würde, dass wir wieder zu Steuermehreinnahmen oder zumindest zu einer Abmilderung der Steuermindereinnahmen kämen. Das jedenfalls nenne ich keine kräftige Regierung.

Stattdessen macht die Landesregierung unter der Führung von Jürgen Rüttgers weiter folgeschwere Fehler. Erinnern Sie sich an die Bankenkrise, meine Damen und Herren? Genauso laufen die Fehler jetzt auch in der Konjunkturkrise. In der Bankenkrise ist Jürgen Rüttgers losgelaufen und hat gesagt: Ja, das machen wir mit dem Rettungsschirm! – Oettinger und auch Beckstein haben sich zurückgehalten, haben verhandelt, haben etwas herausgeholt für ihre Länder. Am Ende sind wir das einzige Land, das doppelt zahlt: Wir zahlen für unsere WestLB und für den Rettungsschirm der anderen Banken.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Was machen die anderen?)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Genauso handeln Sie jetzt, Herr Ministerpräsident, in der Frage Opel. Natürlich kann ich als Bochumer nur sagen: Selbstverständlich muss das Opel-Werk in Bochum gerettet werden, aber auch die Werke an den anderen Standorten und die Zulieferer, alles, was da dranhängt. Das ist doch völlig klar. Aber auch da sind Sie wieder vorschnell gewesen, auch da kommen Sie jetzt unter Druck, weil das Unternehmen sagt: Ja genau, die Politik hat schon alles zugesagt. – Und das, ohne dass es ein Zukunftskonzept gibt! Aber das würde ich mir von einer kräftigen Regierung erwarten: dass es ein Konzept gibt, das länger durchhält als bis zum nächsten Landtagswahlkonzept. Sie müssten als kräftige Regierung – wären Sie denn eine – die Krise als Chance für eine Neuorientierung nutzen, damit nachhaltiges Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen an diesen Standorten mit Industrie möglich bleibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das alles tun Sie nicht. Sie können gewiss sein, dass die Bürgerinnen und Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen das beobachten; denn sie zahlen am Ende die Zeche Ihrer Politik. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Wir setzen die Debatte fort. Herr Finanzminister Dr. Linssen erhält das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie hörten gerade den Herrn mit dem fröhlichen Potpourri, das immer wieder neu aufgelegt wird. – Lieber Herr Groth, wenn Sie sich einmal mit den Fakten des Haushaltes beschäftigen würden, wie Frau Walsken das heute getan hat! Ich fand, Frau Walsken war heute einfach besser.

(Gisela Walsken [SPD]: Kriege ich heute eine gute Note, Herr Minister? Danke schön! – Allgemeine Heiterkeit)

Frau Walsken hat sich mit bestimmten Positionen des Haushaltes beschäftigt. Aber ich werde ihr nachweisen, dass praktisch keine Zahl von ihr stimmt.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hat bisher noch nie geklappt!)

Frau Walsken, das Beste an Ihrem Vortrag war, dass Sie das Verfahren positiv begleiten wollen. Das fand ich auch bei Herrn Groth sehr nett. Sie haben gesagt: 14 Tage reichen nicht, es sollten vier Wochen sein, wenn sich das Parlament nicht ganz aufgeben wolle. – Wir sollen drei Wochen zu viel für den Nachtragshaushalt gebraucht haben. Ich nehme an, die Aufstellung eines Nachtragshaushalts mit Steuerschätzung ist etwas mehr Arbeit – ich bin ja Parlamentarier –, als einen solchen Nachtrag durch die Gremien zu bringen.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie hätten eine Ergänzung machen können!)

Sie haben beklagt, Frau Walsken: Kein eigenes Programm! – Dazu darf ich Ihnen sagen, dass wir mit der Haushaltseinbringung – das war bereits im Juni letzten Jahres – den Haushalt expansiv angelegt haben. Wir sind dafür von Ihnen gescholten worden. Sie haben gesagt: Ihr dehnt die Verschuldung von 1,6 Milliarden auf 2,9 Milliarden € mit der Ergänzungsvorlage aus. Das geht nicht. – Das haben wir getan, weil wir schon damals die automatischen Stabilisatoren wirken lassen wollten. Wir haben nämlich 1,22 Milliarden € Steuermindereinnahmen nicht durch Sparmaßnahmen ersetzt, um die Konjunktur nicht zu gefährden. Wir haben Ihnen damals die Summe von 780 Millionen € vorgerech-

net: allein 415 Millionen mehr für die Kommunen, 110 Millionen für KiBiz, 40 Millionen für die Bau- und Infrastruktur, 150 Millionen für Schule, 35 Millionen für Hochschule und Wissenschaft. – Wenn das nicht ein expansiv angelegter Haushalt war und eben kein kontraktiv angelegter, dann weiß ich nicht, wo ich mich jetzt befinde.

Dann haben Sie uns das Paket Baden-Württembergs als Vorbild hingestellt. Das ist nun wirklich das Schönste! Da bitte ich Sie doch einmal anzuhören, was Baden-Württemberg so Vorbildliches geleistet hat. Baden-Württemberg hat ein Ein-Milliarden-Programm verkündet. Ich will Ihnen einmal sagen, wie das aussieht. Sie lesen vermutlich die Überschrift, Frau Walsken, und meinen dann, das wäre es auch. Aber das sind 350 Millionen € Bürgschaftsrahmenerhöhung.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie schaffen nur 20, Herr Minister!)

Sollen wir Ihnen die von 900 Millionen auf 1,5 Milliarden € auch noch vorrechnen? Sollen wir die auch noch ins Konjunkturprogramm tun? 350 Millionen € Bürgschaft! Es sind in Baden-Württemberg 300 Millionen Vorgriff für den kommunalen Finanzausgleich und 350 Millionen Baransatz.

(Gisela Walsken [SPD]: Immerhin!)

Den könnte man ernst nehmen; ich habe Ihnen gerade 780 Millionen vorgerechnet, die wir expansiv drin haben. Der Baransatz von 350 Millionen in Baden-Württemberg wird jetzt für die Kofinanzierung des Bundesprogramms gebraucht.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Hätten Sie mal den Ansatz gemacht!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Walsken, dass Sie so etwas als vorbildlich für Nordrhein-Westfalen bezeichnen!

Sie haben behauptet, es seien keine Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Sie wissen ganz genau, dass der Verfassungsgerichtshof Münster uns so etwas verbietet, anders als meinetwegen Baden-Württemberg.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wir haben es nicht tun dürfen, wir haben stattdessen die Reserve von 925 Millionen für die Pensionen und von 1,3 Milliarden für Bankrisiken und Finanzmarktstabilisierungsgesetz gebildet. Wenn wir nicht den Schuldensockel Nettoneuverschuldung bei Ihnen von 6,7 Milliarden auf praktisch 164 plus in 2008 zurückgeführt hätten – das sind die 92 % Rückführung der Nettoneuverschuldung plus der Reservebildung –, wären wir jetzt überhaupt nicht mehr in der Lage, so etwas kofinanzieren. Wir müssen jetzt 5,6 Milliarden Schulden machen. Frau Walsken hat heute sehr bewusst die hohe Ver-

schuldung des Landes, auch die Nettoneuverschuldung, nicht angeprangert.

(Gisela Walsken [SPD]: Das kommt noch!)

Das habe ich wohl gemerkt, weil Sie auch schlechte Karten in Bezug auf Ihren Bundesfinanzminister haben. Daran müssen Sie etwas mehr denken als zum Beispiel Herr Groth, der sein Potpourri hier völlig frei vortragen kann.

Frau Walsken hat insinuiert, wir hätten Polster angelegt. Das macht sie bei jedem Haushalt, egal, ob Vorlage des Originalhaushalts oder des Nachtragshaushalts. Sie erzählt immer wieder, wir hätten Polster angelegt.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie machen das! Ich bringe keinen Haushalt ein!)

Sie haben den Länderfinanzausgleich vorgetragen. Das ist vorsichtiger Kaufmann, Frau Walsken; das will ich Ihnen ganz klar sagen.

(Zurufe von der SPD: Och!)

Es sind 200 Millionen. Wenn Sie sich die Steuerentwicklung in Hessen – die haben dafür gesorgt, dass wir auf 99,8 % der Finanzkraft gesunken sind – genau ansehen, stellen Sie fest, dass wir, wenn wir vorsichtig sind, eine solche Position berücksichtigen müssen.

Dann haben Sie die Kraftfahrzeugsteuer erwähnt. Liebe Frau Walsken, lesen Sie den Haushalt doch mal richtig!

(Gisela Walsken [SPD]: Sie auch!)

Wenn Sie das tun, werden Sie sofort erkennen, dass wir Steuermindereinnahmen von 3,195 Milliarden in dem Haushalt haben, davon die Kraftfahrzeugsteuerkompensation durch den Bund

(Gisela Walsken [SPD]: Von der Sie gar nicht wissen, wie sie aussehen wird! Sie ist noch gar nicht beschlossen!)

in Höhe von 936 Millionen und nicht 925 Millionen abgesetzt haben, und dann landen wir bei 2,259 Millionen €.

Sie sagen, das sei noch nicht beschlossen. Ja, wir wollen als Länder über den Vermittlungsausschuss versuchen, das zu bekommen, was uns zusteht. Dafür bin ich in Berlin sehr stark angetreten, wie Sie vielleicht gehört haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Unglaublich!)

Denn uns, den Ländern, gehören 205 Millionen mehr, als der Bund konzedieren will. Davon würden das Land Nordrhein-Westfalen gut 40 Millionen wieder erreichen. Es lohnt sich, dafür den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das Ganze wird hoffentlich heute Nachmittag positiv zugunsten der Länder entschieden.

Sie haben dann die 38 Stellen angeführt. Dazu hat Frau Freimuth alles Nötige gesagt. Fragen Sie doch

mal den Bundesfinanzminister, wie viel Stellen er in Berlin dafür einrichtet! Ich sage Ihnen noch einmal: Wäre das Verfahren nicht so bürokratisch, hätten wir es nicht nötig gehabt. Das ist Ihrem SPD-Bundesfinanzminister geschuldet.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir den Grünen gefolgt wären, hätten wir jetzt noch eine um 1,6 Milliarden höhere Neuverschuldung. Denn Herr Groth wird nicht müde, uns dieses Programm vorzuführen, das er uns im Oktober vorgetragen hat. Wären wir der SPD gefolgt, hätten wir heute auf fünf Jahre 5,5 Milliarden mehr Verschuldung, weil ihr Kommunalprogramm eben so aussieht. Das müssen Sie auf ein Haushaltsjahr herunterbrechen.

Jedenfalls glaube ich, dass wir mit Augenmaß in diese Krise hineingegangen sind, dass wir gegensteuern, dass wir alles tun, was in unserer Kraft steht, ohne den Haushalt so kaputtzumachen, wie Sie ihn uns hinterlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sich gerade mal zwei Seiten dieses Haushalts mit dem Konjunkturpaket befassen – trotzdem hat es die Landesregierung als dringend notwendig empfunden, das heute in einer Sondersitzung einzubringen – und der große Rest des uns vorliegenden Nachtragshaushalts – wie soll ich sagen? – allgemeine Maßnahmen sind, will ich mich mit einem Schauspiel beschäftigen, das wohl absehbar jedes Jahr aufgeführt wird und sich mit dem auseinandersetzt, was der Finanzminister „mehr Plätze fürs KiBiz“, das sogenannte Kinderbildungsgesetz, nennt, und zwar ein Schauspiel in drei Akten.

Der erste Akt ist jedes Jahr der Entwurf des Landeshaushalts. Die Landesregierung legt einen Entwurf vor, in dem die Plätze für unter Dreijährige ausgebaut werden, aber es gibt regelmäßig eine Deckelung. Das findet in diesem Jahr insbesondere dadurch statt, dass vor allen Dingen auf die 25 Stunden gesetzt wird. Alle sind ganz entsetzt und verstehen das gar nicht. Die Landesregierung will doch ausbauen und hat immer gesagt: Das soll doch bedarfsgerecht stattfinden. – Alle schauen sich fragend an, was dieser Entwurf soll. Aber dann kommt der Moment, in dem der Finanzminister zur Hochform aufläuft und mit ernstem Gesicht sagt: Mehr ist dem Land Nordrhein-Westfalen leider nicht möglich; der Kollege Laschet ist mir teuer genug.

(Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Das ist der erste Akt.

Die Unruhe im Land führt dazu, dass sich – oh Wunder! – im zweiten Akt die beiden regierungstragenden Fraktionen auf den Plan gerufen fühlen.

Das findet meist unter Einsatz eines blonden Schönlings und einer bunten Fee statt, die an die Öffentlichkeit treten und sagen: Nein, nein, nein, alles, was beantragt worden ist, wird auch gefördert. – Auf die Frage, wie das finanziert werden soll, folgt dann meist Fehlanzeige. Es wird gesagt: Na ja, der Elternwille ist der entscheidende Moment. – Alle sind ganz verwundert und denken sich: „Wo kommt das Geld auf einmal her?“, und der Finanzminister blickt ganz ernst drein und sagt, er beugt sich den Fachpolitikern und dem Elternwillen.

Dritter Akt: Nachdem der Landeshaushalt beschlossen worden ist, beschließt das Kabinett: noch mal 10.000 Plätze obendrauf. Das ist das zweite Mal, dass wir dieses Schauspiel erleben. Und alle schauen sich ganz verwundert an, weil der Jubel gar keinen Anfang nehmen will.

Hinzu kommt, dass in diesem Jahr 2.900 Plätze mit Sperrvermerk versehen sind. Da wird dann ganz deutlich, worum es eigentlich geht: Diese Landesregierung geht hin und greift irgendwelche Zahlen. Sie plant nicht, wie sie vorgibt, sondern greift Zahlen und sagt: Das ist das, was wir im Unter-Dreijährigen-Bereich an notwendigen Bedarfen erkannt haben, und so bauen wir aus.

Ob das tatsächlich stattfindet, ob es vor Ort tatsächlich ankommt, kann einem keiner sagen. Manchmal blickt der Finanzminister auch ein bisschen verzweifelt, wenn er danach gefragt wird, aber es stört ihn nicht weiter, weil ja politisch jetzt angeblich alles ganz toll klappt. Nur: Transparenz ist dadurch nicht geschaffen worden. Unbürokratisch ist dieses Verfahren auch nicht.

Statt tatsächlich das zu tun, was notwendig wäre – nämlich das Tagesbetreuungsausbaugesetz im Land vernünftig umzusetzen und eben nicht von den 23 Millionen €, die dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, ganze 5 Millionen tatsächlich an die Kommunen weiterzuleiten oder das KiFöG vernünftig umzusetzen –, warten die Träger noch immer auf die bearbeiteten Anträge und die Bewilligung der dafür nötigen Mittel, die sie aufgebracht, die sie für den Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung zum Teil schon vorfinanziert haben. Sie warten immer noch darauf. Es wäre doch ein Leichtes gewesen, wenn diese Landesregierung einmal hingegangen wäre und den Landesjugendämtern mehr Personal zur Verfügung gestellt hätte.

(Beifall von der SPD)

Nichts Dergleichen findet hier statt. Stattdessen wird auf Zeit gespielt, und die Landesregierung wird nicht müde zu behaupten, sie stecke schon so unsäglich viel Geld in den Bereich der Unter-Dreijährigen-Betreuung und dessen Ausbau, dass sie schon

nicht mehr wisse, wie sie es überhaupt noch abwickeln solle. Wem, glauben Sie denn, können Sie dieses Schauspiel noch einmal aufführen? Es ist tatsächlich so, dass das hier wirklich ganz planvoll stattfindet. Sie versuchen nur, Ihre Trippelschritte beim Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen in Nordrhein-Westfalen auf diese Art und Weise zu einem unglaublichen Popanz aufzubauen.

(Beifall von der SPD)

Dieses Spiel – das kann ich Ihnen versprechen – wird nicht mehr lange gut gehen und wird auch in der Öffentlichkeit als das, was es ist, erkannt werden, nämlich als eine Blase.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wie Blasen entstehen, die Sie erzeugen, zeigt sich zum Beispiel am Thema Obdachlosenhilfe.

Sie bringen es fertig, 1,2 Millionen € im Bereich Obdachlosenhilfe zu kürzen. Dann gibt es eine wirklich heftige Diskussion, insbesondere von Betroffenenverbänden und denjenigen, die sich für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, einsetzen. Es gibt hier eine Anhörung, dass selbst Ihren Kolleginnen und Kollegen, die im sozialpolitischen Bereich tätig sind, Hören und Sehen vergeht, weil der Schwachsinn, der da geschildert wird, kein Ende nehmen will.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Dann gehen Sie hin und entblöden sich nicht, um das wirklich einmal zu sagen, jetzt im Nachtragshaushalt 1,3 Millionen € wieder einzusetzen, und nennen das dann Weiterentwicklung der Hilfen für Wohnungslose.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie peinlich!)

Das ist überaus peinlich und ist der Situation der Menschen, um die es hier geht, überaus unangemessen.

Das ist beim KiBiz das gleiche Schauspiel; das ist eine Schimäre, die Sie hier aufbauen. Es ist einfach eine Unverschämtheit, wie Sie mit diesen Themen umgehen, weil das überhaupt nichts mit der Ernsthaftigkeit zu tun hat, die diese Landesregierung an den Tag legen müsste, um in dem Bereich tatsächlich tätig zu werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion erhält der Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Altenkamp, Sie haben sich eben

so furchtbar über U3-Erziehung und Ähnliches aufgeregt. Ich muss sagen, das ist der Haushaltsdebatte heute eigentlich nicht angemessen. Ich verstehe ja, dass Sie emotional nicht damit fertig werden, dass wir Nordrhein-Westfalen von einem der hintersten Plätze bei der U3-Betreuung auf einen Spitzenplatz bringen. Das ist nämlich die Realität.

Insgesamt spielen diese 14,5 Millionen €, um die es hier geht, im Nachtragshaushalt eher eine untergeordnete Rolle. Deswegen möchte ich noch einmal versuchen, allgemeinverständlich darzustellen, worum es bei diesem Nachtragshaushalt und bei der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen eigentlich geht.

Meine Damen und Herren, unter Rot-Grün glich unser Land einem Spitzensportler, der zunehmend an Muskelschwund und am Burn-out-Syndrom litt. Deshalb haben die Bürger den Trainer gewechselt. Seitdem gewinnt unser Sportler in erheblichem Umfang an verllorener Kraft und Zuversicht zurück.

Sie können doch nicht abstreiten, dass seit dem Regierungswechsel im Mai 2005 der neue Trainer – die Koalition der Erneuerung –

(Zuruf von der SPD: Wer? Wie heißt der?)

wirklich hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich will es Ihnen belegen: Nach kurzer Zeit schon stieg das Bruttoinlandsprodukt und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes wieder schneller – anders als bei Ihnen früher – als im Bundesdurchschnitt. Wir haben wirklich aufgeholt.

Die Zahl der Arbeitslosen sank in nur dreieinhalb Jahren um 350.000. Der Unterrichtsausfall konnte halbiert werden. Die vor dem Regierungswechsel völlig unzureichende U3-Betreuung – da gebe ich Frau Kollegin Altenkamp völlig recht – nähert sich mittlerweile einer Spitzenposition. Kurz: Unser Modellathlet Nordrhein-Westfalen hat Form und Leistungsfähigkeit wiedergefunden. Das war die Situation bis Ende letzten Jahres.

Dann ist etwas passiert: Unverschuldet sind wir in einen Verkehrsunfall geraten. Man könnte sagen, ein dicker Ami-Schlitten ist uns in die Seite gekracht, ohne dass wir etwas daran ändern konnten, und unser Athlet, den ich gerade beschrieben habe, wird schwer verletzt und verliert viel Blut, sprich: verliert viele Steuereinnahmen. Um Dauerschäden zu vermeiden, muss man jetzt natürlich etwas tun. Ich unterstelle, Sie wollen ihm diese Hilfe, diese medizinische Hilfe, nicht versagen.

Es werden Transfusionen notwendig. In diesem Falle kann man sagen: Diese Transfusionen sind die Aufnahme höherer Schulden und die beiden Konjunkturprogramme. Mit ihrer Hilfe wird unser Land – der beschriebene Athlet – den Unfall überstehen. Aufgrund der in der Zeit seit 2005 neu gewonnenen Vitalität und der gestärkten Konstitution wird er den Unfall sogar besser überstehen als andere, die beim gleichen Unfall verletzt wurden.

(Zuruf von der SPD: Bei Verkehrsunfällen kennt ihr euch ja aus!)

Ich will nur darauf hinweisen: Wenn wir in einer solchen Situation auf den Gedanken kommen sollten, den Patienten weiter zur Ader zu lassen, das heißt, gegen die Neuverschuldung anzusporen, dann hat er schlechte Karten. Der Finanzminister hat ja ganz deutlich gemacht: Wir sparen in diesem konkreten Fall nicht gegen die Neuverschuldung an, und wir finanzieren das, was an zusätzlichen konjunkturellen Maßnahmen notwendig ist, auch nicht durch Einsparungen, sondern wir finanzieren es mit über Schulden. Es macht ja keinen Sinn, auf der einen Seite ein Konjunkturprogramm aufzulegen und auf der anderen Seite im gleichen Umfang Einsparungen vorzunehmen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Kein einziger Euro!)

Das ist die Philosophie, die hinter diesem Nachtragshaushalt steht und die ich für absolut richtig halte.

Um es noch einmal mit der Axt behauen zu sagen, was hier passiert: Wir haben Steuermindereinnahmen in Höhe von 2,259 Milliarden €. Wir haben im Länderfinanzausgleich Erhöhungen von 200 Millionen €, auf die wir uns jetzt schon einstellen müssen. Herr Groth, es ist eben nicht so, wie Sie es bei oberflächlichem Lesen angenommen haben, dass wir im Länderfinanzausgleich wieder zu den Nehmerländern gehören. Nein, wir werden im nächsten Jahr wieder schön zahlen müssen. Deswegen gehen um die 200 Millionen € in den Länderfinanzausgleich.

Wir haben ein gesetzlich erhöhtes Kindergeld und damit höhere Leistungen beim Familienlastenausgleich in Höhe von 45 Millionen € sowie konjunkturbedingte Mehrausgaben in Höhe von 140 Millionen €.

Das macht summa summarum Haushaltsverschlechterungen in Höhe von 2,64 Milliarden € aus; das hat Frau Kollegin Walsken völlig richtig gesagt. Wir erhöhen die Neuverschuldung um 2,968 Milliarden €. Das sind die Steuermindereinnahmen zuzüglich der konjunkturbedingten Mehraufwendungen, sodass wir auf eine Neuverschuldung von 5,6 Milliarden € kommen.

Das ist eine Situation, die niemandem Freude macht. Um im Bild zu bleiben, wiederhole ich aber: Wir haben einen schweren Verkehrsunfall mit erheblichen Personenschäden. Wir müssen medizinisch Hilfestellung leisten. Und das hat der Finanzminister in einer ganz ausgezeichneten Art und Weise gemacht.

Frau Kollegin Walsken, Sie haben angesprochen, dass in der Ministerialbürokratie 38 neue Stellen eingerichtet werden; das sei ganz furchtbar. Ich möchte darauf hinweisen, dass mit 32 Stellen der wesentliche Teil bei den Regierungspräsidien eingerichtet wird. Es geht dabei wirklich um die beschleunigte Abwicklung der Konjunkturprogramme.

Ich will Ihnen aus eigenem Erleben ein Beispiel schildern: Im Zusammenhang mit dem letztjährigen Städtebauförderungsprogramm waren im September noch 85 % der möglichen Bewilligungsbescheide nicht ausgefertigt. Das ist eine Situation, die so nicht fortbestehen kann. Diese Bescheide liegen bei den Bewilligungsbehörden, weil sie mit Personalengpässen zu kämpfen haben. Deswegen lässt sich auch die Investition, befristet 38 neue Stellen einzurichten, rechtfertigen.

Sie sprechen davon, dass wir in den fetten Jahren keine Vorsorge getroffen haben, wissen aber selbst, dass das absolut falsch ist. Denn wir haben für die Versorgung, den Risikofonds und den Abfinanzierungsfonds reichlich Vorsorge getroffen, sodass wir nicht überrascht werden können.

Zusammenfassend kann ich Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren: Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wissen, dass sie sich auf uns, die CDU/FDP-Landesregierung verlassen können. Wir handeln konsequent und glaubwürdig. Wir machen keine Heißluftdebatten. Wir orientieren uns an der Realität. Deswegen bin ich sicher, dass wir es schaffen werden, aus dem Schlamassel, in den wir unverschuldet hineingeraten sind, wieder herauszukommen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Kollege Groth noch einmal das Wort.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass sich Herr Minister Laschet auch noch einmal zu Wort gemeldet hat. Deshalb will ich vorweg sagen, um was es uns bei der Obdachlosenhilfe geht: Die Anhörung im AGS auf der Grundlage des Grünen-Antrags, in der es darum ging, zu beurteilen, ob es Sinn macht, die Obdachlosenhilfe fortzuführen, war eindeutig. Alle Gutachterinnen und Gutachter, alle Sachverständigen haben einvernehmlich gesagt: Ja, es ist richtig, wir brauchen diese gut 1 Million € für Projekte in diesem Bereich. Das ist sinnvoll, das ist zielführend, darauf kann man nicht verzichten.

Das haben alle gesagt. Eindeutig, zu hundert Prozent! Es ist natürlich nett: Nach dem großen Druck nehmen Sie das zurück, obwohl Sie noch vor zwei Wochen gesagt haben, das alles sei Quatsch. Jedenfalls nehmen Sie das jetzt als Haushaltstitel auf. Das finden wir schon einmal in Ordnung.

Das dann aber mit der Gießkanne über alle Kommunen streuen zu wollen, zeigt, dass Sie schief gewickelt sind, Herr Minister. Sie müssen hier und heute, wenn Sie sich zu Wort melden, sagen, dass es sich dabei um den Haushaltsansatz handelt, wie er vorher auch verwendet worden ist, mit dem dem

Anliegen Genüge getan und die Projekte durchgeführt werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau das! – Christian Lindner [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, die Gießkanne alleine reicht nicht. Die prognostizierten Steuerminderungen setzen Sie, Herr Finanzminister, 1:1 in Nettoneuverschuldung um. Das ist das Problem.

Sie müssen Ausgaben unproduktiver Art wie zum Beispiel Bürokratiekosten kürzen. Mehrausgaben brauchen wir bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen und Investitionen. Das erzeugt Minderausgaben im Sozialbereich. Das hält die Menschen in Arbeit und erzeugt wiederum Steuereinnahmen.

Sie müssen hier die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts doch nur deshalb erklären, weil Sie nicht genug investieren. Sie müssten investieren. Wo sind die Euros aus dem Landeshaushalt, die Sie zusätzlich investieren, um die Rezession für Nordrhein-Westfalen abzumildern oder abzuwenden? – Das ist die eigentliche Frage. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Groth. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagem das Wort.

Rüdiger Sagem^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal an die Kollegen von der CDU gerichtet – Herr Weisbrich, vielleicht sollten auch Sie einmal zuhören –: Wenn man kein Auto fahren kann, sollte man es besser lassen. Wenn man Rot und Grün nicht auseinanderhalten kann, sollte man es auch besser lassen. Vielleicht sollte man dann besser auch kein Verkehrsminister werden, weil das vielleicht auch nicht so gut ist.

Beim Kölner Karneval konnten wir erleben, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik in NRW halten: Die Profitratten zogen durch die Kölner Straßen und hielten der Regierung den Spiegel vor. – Das ist das, was die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen von der Regierungspolitik denken.

Noch vor Kurzem wurden alle Vorschläge der Linken zur Vergesellschaftung von Unternehmen abgelehnt. Mittlerweile bedienen Sie sich relativ problemlos bei unseren Vorschlägen.

(Lachen von der FDP)

Doch so wie Sie haben wir uns die Vergesellschaftung von Unternehmen nicht vorgestellt, dass nämlich Schulden und Defizite sozialisiert, von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden, während vor allem die Banker auch jetzt noch Millionensummen privatisieren können. Dass die Nieten in Nadelstreifen

fen, die sich mit krimineller Energie bereichert haben, das auch noch als Leistungszulage deklarieren, ist ein kaum noch zu übertreffender Zynismus. Diese Gier ist schamlos, und Sie schauen dem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind Sie offensichtlich auch mit dem Haushalt NRW, außer dass Sie jetzt schon wieder 38 neue Stellen schaffen. Ich kann nur feststellen, dass, wie von mir schon vor einigen Wochen vorausgesagt, dieser Haushalt erneut verfassungswidrig ist. Es ist ein Skandal, dass Sie kürzlich den Haushalt verabschiedet haben in der Gewissheit, dass er nur ein paar Wochen später bereits Makulatur ist. Ich habe Ihnen bei der Haushaltsdebatte hier vor Kurzem noch gesagt, dass das aus meiner Sicht völlig inakzeptabel ist. Eigentlich müsste ein Haushalt zunächst einmal vollständig vorliegen, bevor so eine Politik gemacht wird, wie Sie sie hier machen.

Die Krise lässt das Land NRW immer tiefer ins Minus rutschen. Durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung jetzt auf 5,6 Milliarden € steigt die Verschuldung insgesamt auf einen Rekordstand von über 122 Milliarden €. Das heißt: Jedes Jahr über 5 Milliarden € Schuldendienst, das ist Ihre Politik entgegen allem, was Sie hier in der Vergangenheit versprochen haben. Der Karneval ist vorbei. Jetzt kommt der große Kater. Es ist eine Bilanz des Scheiterns von CDU und FDP. Dieser Kahle Asten ist der höchste jemals erreichte Schuldenstand in der Geschichte von NRW.

Kommen wir zu einem anderen Thema. Für Opel soll es laut CDU auf Bundesebene keine finanzielle Unterstützung geben. Nicht systemrelevant sei das Unternehmen. Das war heute Morgen in der ARD zu hören.

Die Linke sagt dazu: Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her! Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr. Eine Lösung für Opel muss auf jeden Fall die Beibehaltung aller europäischen Produktionsstandorte beinhalten. Immerhin geht es allein hier in NRW um über 6.000 Arbeitsplätze.

Auch in der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident – Sie waren ja in den USA –: Was ist denn das Ergebnis Ihrer Reise? Wie geht es jetzt weiter? Geht es so weiter wie bei Nokia? Die Beschäftigten warten endlich auf eine Antwort. Das, was wir heute von Ihrer CDU-Bundestagsfraktion gehört haben, ist alles andere als ein positives Zeichen.

Auch bei der WestLB wird die Dramatik immer größer. „Brüssel zählt WestLB an“ – so konnte man heute im „Handelsblatt“ lesen. Die EU verlangt bis Ende März einen Sanierungsplan. Eine weitere Fristverlängerung – drei Monate wurden bereits

gewährt – soll es nicht geben. 80 Milliarden € Risiken sind vakant und sollen ausgelagert werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Eine Bad Bank gibt es nicht. Die Privatisierung droht. So kann man es aus Insiderkreisen hören.

Bei einer Sache – das soll mein Schlusswort sein – haben Sie nicht versagt, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuernzahlenden Bürger aufkommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Sagel!

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Wir werden am 28. dieses Monats dagegen demonstrieren.

(Angela Freimuth [FDP]: Die Linke ist für Steuersenkungen? Super!)

„Wir zahlen nicht für Ihre Krise.“

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Das wird unser Demonstrationsmotto sein.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Die Landesregierung wünscht noch einmal das Wort. Herr Minister Laschet, bitte.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu zwei Themen aus der Debatte Stellung nehmen.

Herr Kollege Groth, Sie haben – ob Sie es wollten oder nicht – mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, insbesondere der Frau Oppositionsführerin Kraft eine Absage und eine Ohrfeige erteilt.

(Beifall von der CDU)

Sie hat nämlich über die Karnevalstage an den Ministerpräsidenten einen offenen Brief geschrieben, in dem der Eindruck erweckt wird, als ob irgendein Obdachloser in diesem Land etwas aus diesem Programm bekommen hätte. Herr Groth hat das richtig beschrieben: Das soll nicht mit der Gießkanne übers Land verteilt werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ist es aber auch nie!)

– Frau Altenkamp, Sie haben das laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ von heute auch gesagt. Sie wissen es besser. Die 12.000 Obdachlosen in Nordrhein-Westfalen hatten nichts von diesem Programm. Sie haben von diesem Programm nur indirekt etwas gehabt, weil da etwas entwickelt worden ist.

(Zurufe von der SPD – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist eine höchst interessante Verteidigung hier!)

– Hören Sie mir doch einmal bis zum Ende zu! Nur die Ruhe! Es wird argumentiert, die Obdachlosen bekämen das. Und, Frau Altenkamp, Frau Kraft hat sich erdreistet, dazu zu schreiben: Damit werden die Kommunen entlastet. – Vielleicht kennt Frau Kraft das Programm nicht und weiß nicht, dass das Programm Ideen entwickelt, die dann in den Kommunen umgesetzt werden. Bei der kommunalen Aufgabe, Obdachlosigkeit zu bekämpfen, kann ein Programm von 1,1 Millionen € auch in Zukunft genauso wenig wie in der Vergangenheit irgendeine Kommune entlasten.

(Beifall von der CDU)

Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Insofern, Herr Kollege Groth, machen wir genau das, was Sie beschrieben haben. Wir entwickeln das Programm weiter. Wir nehmen dabei drei Zielgruppen, die auch in der Anhörung benannt worden sind, nämlich junge Obdachlose, Frauen und Obdachlose mit Zuwanderungsgeschichte, in den Blick, aber mit dem einzigen Ziel, etwas zu entwickeln, das überall im Lande wirkt. Das ist die einzige Zielsetzung, die wir haben.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ich bitte Sie einfach, nicht den Eindruck zu erwecken, als ob Sie früher oder wir in Zukunft mit 1,1 Millionen € Obdachlosigkeit im Lande, was kommunale Aufgabe ist, letztlich bekämpfen konnten oder können.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein Irrglaube. Den hat Frau Kraft ganz bewusst geschürt. Sie liegt leider falsch oder sie ist nicht gut informiert, was wir eigentlich vorhaben.

Es wird Projekte geben. Es geht um die Umsetzbarkeit für die Kommunen. Aber es geht nicht darum, dass das Land nun für die Kommunen, wie Herr Groth gesagt hat, mit der Gießkanne Obdachlosigkeit bekämpft. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

Das Zweite, Frau Altenkamp: Sie haben dann über die U3-Plätze gesprochen. Ich finde das jedes Mal mutig – Sie hätten ja über das Konjunkturpaket reden, die Große Koalition loben oder über viele andere Themen sprechen können –, dass Sie sich in so einer Diskussion die U3-Debatte anziehen.

(Beifall von der CDU)

Das würde ich als SPD doch nicht machen!

(Britta Altenkamp [SPD]: Machen Sie sich um die SPD keine Sorgen!)

Das, was wir in diesem Nachtrag machen, Frau Altenkamp, ist ungefähr so viel, wie Sie nach 39 Jahren hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU)

Das machen wir in einem Nachtrag. Sie haben 11.000 Plätze hinterlassen. Wir machen einmal eben 10.400, um den gestiegenen Bedarf zu bedienen.

(Beifall von der CDU)

Wir sind am Ende des Jahres bei 86.000 Plätzen. Wir sind nach dem Tagesausbaubetreuungsgesetz bis 2010 verpflichtet, 17 % zu erreichen. Wir erreichen am Ende des Jahres 19 %, und das ein Jahr vorher!

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist schwarz-gelbe Regierungspolitik. Ich bin dankbar, dass Sie es hier erwähnt haben. So konnte ich es hier dem erstaunten Publikum noch einmal sagen. Diskutieren Sie über alles! Diskutieren Sie über Konjunkturpakete, über die WestLB und ...

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch Ihr Thema! Chefsache!)

– Frau Walsken, auf Ihre Wortbeiträge freuen wir uns immer.

(Zuruf von der SPD: Wir uns auch!)

Lassen Sie es aber mit U 3. Sie könnten bei jedem Thema im Land versuchen, die Wahlen zu gewinnen,

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

aber nicht bei der Betreuung für unter Dreijährige. So viel Geld gab es noch nie – und das ist unsere Leistung.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir setzen die Debatte fort. Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Zwei Anmerkungen zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Minister.

Erstens. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich mit Ihrer Argumentation zum Thema U3-Plätze einen Gefallen tun. Zwar ist es Ihnen in diesem Nachtrag gelungen, sich als Fachminister durchzusetzen und weitere 10.400 Betreuungsplätze für unter Dreijährige – 2.900 davon mit Sperrvermerk; das ist wohl die eiserne Reserve – zu schaffen. Diese Plätze sind aber doch schuldenfinanziert, Herr Minister.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, sicher! Sonst hätte er doch gar keine Chance gehabt!)

Was für ein Ausbau ist das denn? Deshalb gehört diese Diskussion sehr wohl hierhin, Herr Weisbrich; denn wir reden über den Höchststand an Schulden in diesem Land!

(Beifall von der SPD)

Mit diesen Schulden finanzieren Sie unter anderem den Ausbau der U3-Plätze. Sie glauben, dass Sie damit die Wahlen gewinnen. Passen Sie da einmal schön auf!

Zweitens. Mit Ihrem Wortbeitrag haben Sie für mich deutlich gemacht, dass die entsprechenden Änderungsanträge von Grünen und SPD zum Haushalt im letzten Monat absolut richtig waren.

(Beifall von der SPD)

Es wird nämlich überaus deutlich, dass die Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe in Ihrem Ministerium absolut falsch angesiedelt ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Inhaltlich hat dieses Thema in Ihrem Haus überhaupt nichts verloren.

Herr Ministerpräsident, deshalb kann ich Sie nur auffordern, diesem traurigen Schauspiel ein Ende zu machen und die Obdachlosenhilfe wieder ins Sozialministerium zu bringen; denn dorthin gehört sie.

(Beifall von der SPD)

Dort ist tatsächlich auch die Sachkunde vorhanden. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob man etwas mit der Gießkanne macht oder nicht.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Gegenruf von Minister Armin Laschet)

Das hat auch nie irgendjemand behauptet. Entscheidend ist vielmehr, dass die Obdachlosenhilfe auch in der Vergangenheit Projektfinanzierung war, um innovative Projekte zur Verhinderung von Obdachlosigkeit zu beginnen.

Mich regt auf, dass Sie das Ganze erst streichen und es dann im Nachtragshaushalt wieder einsetzen,

(Gisela Walsken [SPD]: Drei Wochen später!)

wobei Sie ihm nur einen anderen Titel geben, obwohl Sie vor drei Wochen behauptet haben, dabei handele es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen und insofern überhaupt nicht um Ihre Aufgabe!

Wenn Herr Laschet das nicht als seine Aufgabe ansieht, sollten Sie es dem Sozialministerium geben, Herr Ministerpräsident. Dorthin gehört es. Herr Laumann wird sicherlich wissen, wie man es macht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Danke schön, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, die muntere Debatte, die wir hier führen, wird noch weitergehen. Frau Steffens, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Barbara Steffens (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Laschet, wenn Sie nicht mit der Gießkanne Mittel verteilen wollen, sondern weitere Modelle zur Erprobung finanzieren wollen, wäre es gut, wenn Sie uns das auch mitteilen würden;

(Minister Armin Laschet: Das steht doch überall!)

denn aus Ihren Pressemitteilungen geht lediglich hervor, dass es keine Programmgeschäftsstelle mehr geben soll, also niemanden mehr, der das Ganze im Land koordiniert und das Know-how in die Kommunen, die Modelle umsetzen wollen, weiterträgt. Es wurde klar, dass es nicht mehr die Modelle gibt, die auch Neues erproben können, sondern dass es in allen Kommunen ankommen soll.

In allen Kommunen kam das Programm vorher auch an. Weil in einzelnen Kommunen etwas erprobt wurde und in den anderen Kommunen die erfolgreich erprobten Modelle umgesetzt wurden, kam es in allen Kommunen an. Deswegen hatten alle Kommunen etwas davon. Daher profitierten auch zahlreiche Obdachlose davon.

Jetzt erklären Sie hier, Sie wollten das Ganze auf einige Zielgruppen beschränken, die an der Anhörung teilgenommen haben. Es ist ja schön, wenn Sie einen Teil der Anhörung auswerten. Es wäre aber noch schöner, wenn man an dieser Stelle auch gemeinsam vorgehe und wenn man sich anschaut, welche Zielgruppen es sind.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Sie machen jetzt nämlich schon wieder einen ganz gravierenden Fehler. Sie nehmen die Ist-Zielgruppen, die in der Anhörung benannt worden sind. In der Anhörung ist ein ganz wichtiger Punkt aber auch genannt worden – nämlich, dass sich gerade im Bereich der Obdachlosen, der Wohnungslosen, das Milieu, das Klientel, ständig verändert und man darauf auch aktuell reagieren muss. Das tun Sie nicht, wenn Sie jetzt schon wieder einige Bereiche festschreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden Ihnen daher ganz genau auf die Finger schauen, was Sie mit diesem Geld machen. Ich habe die große Befürchtung, dass es wieder ein Schuss in den Ofen wird und dass Sie nicht das umsetzen, was Ihnen alle ins Stammbuch geschrieben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Linssen noch einmal um das Wort gebeten.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Frau Altenkamp nur kurz korrigieren. Sie hat vorgetragen, dass wir die zusätzlichen U3-Plätze aus Schulden finanziert haben. Im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2009 können Sie beginnend auf Seite 14 von 20 unter der Überschrift „Zwängsläufige Mehrausgaben/Mindereinnahmen“ nachlesen, dass die Mehrausgaben von 13,5 Millionen € für die zusätzliche Einmalzahlung an Wohngeldempfänger, die Absenkung der Einnahmen aus dem Jahresüberschuss der Wfa um 80 Millionen € und die Mehrausgaben für die Schaffung von 10.400 zusätzlichen U3-Plätzen in Höhe von 15,2 Millionen € usw. durch Einsparungen an anderen Stellen gedeckt sind. – So weit zu Ihrer Kenntnis.

(Beifall von der CDU – Minister Armin Laschet: So ist es! – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Meine Feststellung ist doch richtig? – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht wirklich! – Gegenruf von Minister Armin Laschet: Das war so überzeugend!)

Nach den Vereinbarungen, die die Fraktionen getroffen haben, soll der **Gesetzesentwurf Drucksache 14/8650** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen** werden. Wer diesem Verfahrensvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann hat der Landtag dies einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

2 Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8644

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.